

Karl Mai

*Kosten und ökonomischer Nutzen der deutschen Vereinigung
im ideologischen Interessenkonflikt – ein Kommentar*

Vorbemerkung

Zu den rituellen Handlungen der deutschen Eliten zählt zweifellos die alljährliche Wiederkehr der Würdigung der deutschen Vereinigung.

Mit leicht saueröpfischem Gesicht wird von einigen prominenten Festrednern aus diesem Anlass das „Glück der Vereinigung“ der Deutschen nach 40-jähriger staatlicher Spaltung gefeiert, gleichzeitig aber an die „enormen Lasten“ der Vereinigung gedacht, die dadurch für Westdeutschland in Form der hohen permanenten Transferleistungen West-Ost sowie der weiteren Staatsverschuldung entstanden sind. Ignoriert wird, dass die angestiegenen deutschen Staatsschulden ab 1990 noch weit von der explodierenden Anhäufung privater westdeutscher Netto-Geldvermögenszuwächse übertroffen werden, die diese hohe fiskalische Kreditaufnahme erst ermöglichten.

Hinter den Kulissen wird von den verantwortlichen Eliten in Staat und Wirtschaft deutlich bedauert, dass die „Vereinigungslast“ der innerdeutschen Transfers die Stellung Deutschlands im *Wettkampf der OECD-Staaten* um Spitzenplätze immer weiter zurückgeworfen habe. Einige führende Medien und auch Publizisten machten aus dieser Sache längst kein Hehl mehr und verkündeten diese „Vereinigungslast“ als „wahre Ursache“ der deutschen Wirtschaftsmisere.

1. Zur Stellung Deutschlands im OECD-Wettlauf

Die Stellung Deutschlands im OECD-Wettlauf um Spitzenplätze zeigt allerdings eine höchst auffällige Verschlechterung in den letzten Jahren.¹ So hat Deutschland in den Jahren zwischen 2001 und 2005 seine reale Bruttoproduktion lediglich auf 102,1 % gesteigert, während die Euro-Zone insgesamt auf 105,0 % und die OECD-Staaten insgesamt auf 110,0 % steigern konnten.

Die realen Bruttoanlageninvestitionen gingen zwischen 2001 und 2005 in Deutschland auf 92,2% zurück, während sie in der Euro-Zone auf 103,8 % und in allen OECD-Staaten auf 111,7 % anstiegen.

Im Jahre 2005 betrug die Arbeitslosenrate in Deutschland (standardisiert) 9,1 %, während sie in der Euro-Zone 8,6 % und im OECD-Durchschnitt 6,5 % betrug.

Besonders enttäuschend verlief die Stagnation des Verbrauchs privater Haushalte in Deutschland zwischen 2001 und 2005 mit einer Veränderung von 0 %, während in der Euro-Zone die Veränderung +4,9 % und bei allen OECD-Staaten +10,4 % betrug.

Der deutsche Leistungszuwachs der Volkswirtschaft schlug sich 2005 in einem Überschuss der *außenwirtschaftlichen* Leistungsbilanz von 4,2 % des BIP nieder, während die deutschen Führungseliten sich höchst frustriert zeigten, sobald die innerdeutschen Transfers einen annähernden BIP-Anteil von 4 % erreichen.

In der Euro-Zone war die Leistungsbilanz insgesamt mit -0,2 % des BIP negativ und in den OECD-Staaten insgesamt entsprechend -1,8 %. Das höhere BIP-Wachstum der Euro-Zone und der OECD-Staaten korreliert offenbar nicht positiv mit ihrem expansiven Leistungsbilanzüberschuss, sondern eher negativ.

Eine Ursache des hohen Exportüberschusses in Deutschland war nicht zuletzt die weitere *Absenkung* der Lohnstückkosten, so z. B. 2005/2004 um -1,5 %, während sie in der Euro-Zone um +0,7 % anstiegen. Auch in Frankreich (+1,8 %), in Großbritannien (+3,6%) und in USA (+2,9 %) stiegen die Lohnstückkosten wiederum an.

Die deutsche „Lohnzurückhaltung“ senkte den privaten Verbrauch und erleichterte und erforderte zugleich den Exportüberschuss – im Ergebnis sank auch die deutsche Lohnquote am Volkseinkommen weiter ab. Sie sank extrem von 2001 bis 2005 um -4,8 %. Diese über 5 Jahre kumulierte Minderung der Lohnquote zugunsten der *Kapitaleinkommen* war im absoluten Betrag für 2005 (-80,8 Mrd. Euro) etwa so hoch wie der fiskalische Netto-Transfer West-Ost 2005.

2. Neoliberale Politik-Konzepte bleiben in Vorhand

Mit verbissener Zähigkeit verteidigt die politische Elite Deutschlands den neoliberalen Kurs auf die weitere Senkung der Binnennachfrage (Massenkaufkraft) und bemerkt nicht den ökonomischen Abgrund, der sich (bei hohen Leistungsbilanzüberschüssen) immer weiter durch den stagnierenden Massenverbrauch öffnet. Manche kreativen Köpfe aus Kreisen der internationalen Wirtschaftsexperten sind entsetzt und verwundert, welche makroökonomische Borniertheit sich in Deutschlands Eliten verfestigt hat. Zur Ehre deutscher Kritiker sei allerdings bemerkt, dass die Zahl und die Aktivität prominenter anti-neoliberalen Warner in den letzten Jahren vernehmbar anwachsen.

Im Mainstream und Umfeld der institutionellen (offiziell geförderten) Wirtschaftsforschung dominiert die Unterschätzung der Rolle des Binnenmarktes immer noch. „Außenseiter“ – wie z. B. das IMK beim „Böckler-Institut“ und das Forscher-Netzwerk „Makroökonomie“ sowie die MEMORANDUM -Arbeitsgruppe halten in ihren Veröffentlichungen zunehmend dagegen. Kritische Internetportale, insbesondere die „Nachdenkseiten“, kämpfen gegen die einseitige Meinungsbildung in der Öffentlichkeit an. Eine makroökonomisch fundierte Einsicht bei den von Kapitalinteressen geleiteten Politikern setzt offensichtlich zunächst noch größere Rückschläge und Finanzkrisen in Deutschland voraus, die sich bereits mittelfristig potenziell abzeichnen.

Solange die neoliberal eingefärbte Wirtschaftspolitik in Deutschland dominiert und blockiert, sind auch in den neuen Bundesländern kein forciertes Wirtschaftswachstum und kein „selbsttragender Aufschwung“ mehr möglich. Damit setzt sich der Streit um „tragbare Kosten“ und den ökonomischen Nutzen aus der Vereinigung auch in der Öffentlichkeit fort.

3. Zur Position Ostdeutschlands im erloschenen „Aufholprozess“

Die Statistik ² zeigt im innerdeutschen Vergleich ein dramatisches Bild, nachdem seit 1997 der echte *Aufholprozess* – nach übereinstimmender Expertenmeinung – erloschen ist. Seitdem wächst sogar zuletzt wieder der *Abstand* im BIP *je Einwohner* in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, *trotz* der immer noch oder wieder beachtlichen generellen Abwanderungsverluste nach Westdeutschland – der Konvergenzprozess ist passé.

Im Detail zeigen sich zwar auch einige positive ostdeutsche Veränderungen, aber sie können das Gesamtbild des Leistungsvergleiches nicht bestimmen.

Einige aktuelle Daten zum Ost-West-Vergleich

- So verringerte sich die Wohnbevölkerung der NBL zwischen 1989 und 2004 um – 11,4 % oder 1,722 Mio. Einwohner. Die Zahl der Erwerbstätigen sank zwischen 1989 und 2005 um 3,31 Mio. oder um – 37,2 %. Gleichzeitig entstanden zwischen 1992 und 2004 (saldierte) Wanderungsverluste von 0,583 Mio. Das Pendlersaldo betrug im Jahre 2005 –445 Tausend beschäftigte Personen, die in Westdeutschland arbeiteten.
- Die Abwanderung in der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren hatte einen Anteil von 38,9 % der Wanderungsverluste im Zeitraum von 1991 bis 2004 (ohne Berlin). Diese Abwanderung arbeitsaktiver Jahrgänge bedeutet einen enormen Verlust an Humankapital und nutzbarem Produktionspotenzial zugunsten Westdeutschlands.

(Analoges gilt für den Pendlersaldo.)

- Im Vergleich zu den alten Bundesländern (ABL) stieg die BIP-Leistung je Einwohner von 1991 bis 2005 von 33% auf 66 % und je Erwerbstätigen von 35 % auf 77 % an. Dieser Leistungsanstieg ist jedoch vor dem Hintergrund der Rückgänge von Einwohnerzahl und von Erwerbstätigenzahl zu einem ganz wesentlichen Teil auf den Effekt der „passiven Sanierung“ zurückzuführen.
- Seit 1996 hat sich der *absolute* BIP-Abstand je Einwohner West zu Ost wieder erkennbar erhöht – worin das Zurückbleiben der NBL seinen typischen Ausdruck findet. Selbst ein nur „mithaltendes Wachstum“ Ost ist also fragil.
- Auch hat sich der *Abstand* der absoluten BIP-Leistung *je Einwohner* der NBL zu den ABL zwischen 1989 (DDR-Endzeit) und 2000 bzw. 2005 *nicht* verändert. Von einem ökonomischen Aufholprozess kann also im Zuge der mehr als 15-jährigen staatlichen Vereinigung *gegenüber 1989* bei diesem Hauptkriterium keine Rede sein.
- Das ökonomische Leistungsniveau der NBL liegt inzwischen nur noch etwa bei 76 % des Durchschnitts der EU-25-Länder. Jetzt muss sich Ostdeutschland hinsichtlich der BIP-Leistung je Einwohner mit dem süditalienischen Mezzogiorno vergleichen lassen, hinter dem es zurückbleibt.
- Die Bruttowertschöpfung ist zwischen 1989 und 2000 in den Zweigen der Industrie auf 53,0 % und im Bau auf 86,2 % des früheren DDR-Standes zurückgegangen. Der gesamte Anstieg der Wertschöpfung in den NBL bis 2000 betrug gegenüber 1989 (Endzeit DDR) nur 11,1 % im Unterschied zu den ABL mit 27,3 %. Dies zeigt den historischen anhaltenden realen *Vereinigungsmisserfolg im Industriebereich* bezogen auf das ostdeutsche Territorium.
- Sichtbar ist deshalb, dass sich der spezielle innerdeutsche Angleichungsprozess keineswegs erfolgreich vollzogen hat: der Stand der BIP-Leistung je Einwohner der NBL liegt bei 66,3 % der ABL für 2005. Selbst bis zum westdeutschen Bundesland mit der niedrigsten BIP-Leistung (Niedersachsen) klafft noch ein Abstand von 14,7 % BIP-Leistung je Einwohner.
- Die NBL haben bis 2005 einen Produktivitätsstand *je Erwerbstätigen* von 76,7 % im Vergleich zu den ABL erreicht, darunter in der Industrie von 81,3 %. Gegenüber dem Vergleichsstand von 1989 ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zahl der Erwerbstätigen um – 37,2 % zurückgegangen ist. Auch dies zeigt den Effekt der „passiven Sanierung“.
- Nach neueren Angaben war die „Arbeitsplatzlücke im weiteren Sinne“ in Ostdeutschland im Jahre 2003 mit 25,3 % der Erwerbsfähigen doppelt so hoch wie

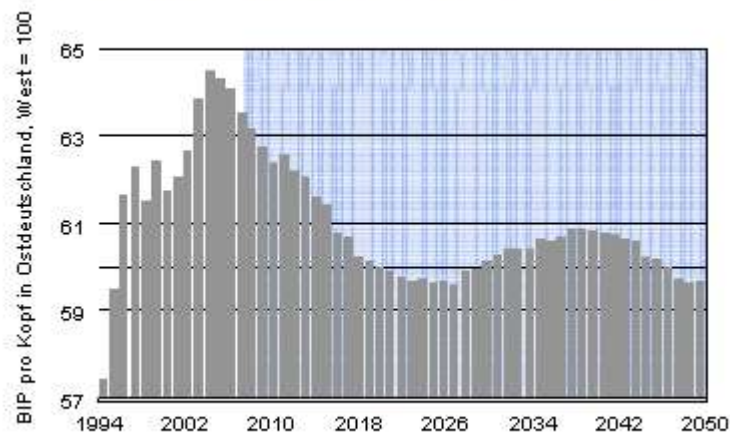
in Westdeutschland. Von den Beschäftigten befanden sich 19,1 % in Teilzeitarbeit, darunter 8,3 % in „geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen“.³ Teilzeitarbeit und Minijobs drücken den Durchschnittslohn je Beschäftigten immer weiter nach unten, so dass sich die Bezugsbasis für Altersrenten Ost automatisch verschlechtert.

- Die Löhne je Arbeitsstunde in den NBL lagen für 2004 bei 72,3 % der ABL. Der Lohnrückstand je Arbeitsstunde betrug 5,63 Euro. Die Produktivität je Erwerbstätigen hatte 2005 in den NBL bereits 76,7 % der ALB erreicht.
- Die Markteinkommen (Kapital- und Erwerbseinkommen) gingen in Ostdeutschland von 71,9 % auf 63 % zwischen 2001 und 2004 im Vergleich zu Westdeutschland zurück. Gleichzeitig sanken der Reallohn der Beschäftigten und das reale Netto-Rentenniveau. Die Kaufkraft der NBL je Einwohner liegt zuletzt bei 74 % des EU-25-Durchschnitts.
- Der Anteil der monatlichen Nettoeinkommen in der „Gruppe 2000 Euro und mehr“ bei Arbeitnehmern beträgt nur 11,0 % aller Fälle in den NBL, während er in den ABL 25,0 % erreicht. Für Rentner und Pensionäre gilt entsprechend für diese Einkommensgruppe ein Anteil von 1,3 % in den NBL und von 10,7 % aller Fälle in den ABL. Dies zeigt allein schon den krassen Unterschied in der fortbestehenden Differenzierung der Nettoeinkommen zwischen West und Ost.
- Die Armutsquote in Ostdeutschland stieg im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2004 auf 20,4 % aller Haushalte mit arbeitsfähigen Personen an, dagegen in Westdeutschland von 12,1 % auf 15,1 %.
- Die Entwicklung der Bruttoinvestitionen in den NBL im Vergleich zum DDR-Stand von 1989 in vergleichbaren Preisen von 1995 zeigt: *Je Einwohner* wurde seit 1993 stets mehr als Doppelte von 1989 in den NBL investiert, wobei ab 1996 ein kontinuierlicher Rückgang auf einen Stand von 80,5 % im Jahre 2000 im Vergleich zu 1995 zu verzeichnen ist. Danach setzt sich der Rückgang der Bruttoinvestitionen fort – ein Indikator des schwachen Wirtschaftswachstums in den NBL, der noch durch die rückläufige Zahl der Erwerbstätigen verzerrt wird.
- Das *originäre* Steueraufkommen je Einwohner im Jahre 2005 liegt in den NBL mit ca. 35 % sehr deutlich unter dem der ABL (=100 %). Die NBL sind auf absehbare Zeit nicht in der Lage, diesen Rückstand aufzuholen. Dies erfordert den föderalen horizontalen Finanzausgleich auch fernerhin.
- Dramatisch ist ferner, dass sich die NBL je Kopf allein seit der Vereinigung deutlich höher verschuldeten als die großen ABL-Flächenländer (seit 1948) jeweils kumulativ. Dies ist Ausdruck der vergleichsweise unzureichenden ostdeutschen Wachstumsraten und der hierin nachwirkenden strukturellen Defizite

der NBL seit der Vereinigung.

- Die viel zu schwache *industrielle Basis* Ostdeutschlands, die im Produzierenden Gewerbe im Jahre 2000 erst einen Stand von 53 % der DDR-Bruttowertschöpfung von 1989 erreicht hatte und hier bei einem absoluten Rückstand von -33,8 Mrd. Euro (auf Preisbasis 1995) ⁴ lag, verhinderte einen kräftigen Aufholprozess in der Wertschöpfung und wirft ihren Schatten auf die zurückliegenden vermeintlichen Erfolge der deutschen Vereinigungsökonomie und ihre weiteren Aussichten für einen hinreichenden „Aufholprozess“.
- Die weiteren Aussichten für die „BIP-Angleichung pro Kopf Ost an West“ werden von *DB Research* wie folgt in die fernere Zukunft projiziert:

10015: Angleichung an Westniveau illusorisch



Quelle: DB-Research

Nach www.jjahnke.net/zettelkasten vom 6.6.006

Die vorstehende Projektion der *DB Research* basiert auf dem komplexen Effekt von demographischer und ökonomischer Vorschau, deren unterstellte Prämissen von der Politik in positiver Richtung beeinflusst werden sollten, um den stark *negativen* Verlauf zumindest abzumildern, insbesondere den Absturz nach dem Jahre 2010. Die hierin liegenden Probleme bedürfen allerdings einer sorgfältigen gesonderten Analyse. Kein Wunder, dass man im *IAB* unter „*Status-quo-Bedingungen*“ davon ausgeht, dass die Zahl der Beschäftigten in den NBL in den nächsten 15 Jahren noch um 1 Mio. zurückgehen wird. ⁵

Nunmehr sind spezifische Fragen der ostdeutschen Transformation und der Transfers West-Ost zu erörtern.

4. Was bewirkte der anfängliche Vereinigungsboom?

Die Taktik der Neoliberalen, die Kosten der Vereinigung *von Anfang an* als „enorme Last“ für Westdeutschland zu brandmarken, löscht aus ihrem Gedächtnis bereits die Tatsache des anfänglichen beachtlichen Vereinigungsbooms für die deutsche Wirtschaft. So z. B. schreibt *Rüdiger Pohl* neuerdings: „Die Wiedervereinigung war für Westdeutschland wahrlich kein Wachstumsprogramm.“⁶ Derartig verabsolutiert ist diese Aussage objektiv falsch.

Pohl stellt sich damit gegen die eindeutigen Erkenntnisse seines früheren IWH-Forschungsinstituts, das die Wirkung des Vereinigungsbooms mittels Simulation mehrfach klar aufzeigte. Gerald Müller (IWH) veröffentlichte im Jahre 2000 eine Studie, die zu folgender Aussage kam:

„In der Summe über die Jahre 1990 bis 1999 würde die errechnete Differenz zwischen der simulierten Bruttowertschöpfung“ (ohne Vereinigung) „und der tatsächlichen Entwicklung von 1100 Mrd. DM in etwa den geleisteten öffentlichen Nettotransfers entsprechen.“⁷

Bereits zuvor legte das IWH eine Studie mit folgender Aussage vor: „Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Westdeutschland hat nach der deutschen Vereinigung einen deutlichen Niveauschub erzielt, dieser kann auf eine Größenordnung von nominal rund 200 Mrd. DM im Jahr veranschlagt werden... Im Jahr 1997 wird das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt um rund 7 % über dem Wert liegen, der sich bei Fortschreibung des Trends 1970/89 ergeben hätte. Das ist aus wirtschaftlicher Betrachtung der ‚Vereinigungsgewinn‘ für Westdeutschland. Der Vereinigungsgewinn übersteigt die Transferleistungen, die Westdeutschland zugunsten Ostdeutschlands leistet.“⁸ (Gemeint ist der westdeutsche BIP-Zuwachs insgesamt als „Vereinigungsgewinn“.)

Nach dem Vereinigungsboom blieb diese *Niveausteigerung* der westdeutschen Wirtschaft als Basiseffekt für die weitere Entwicklung erhalten. Aus einer nominellen Zusatz-Wertschöpfung von 200 Mrd. DM pro Jahr in Westdeutschland resultierte bei einer Steuer- und Abgabenquote von 37,2 % (für 1995) eine fiskalische Mehreinnahme von 74,4 Mrd. DM. Dies deckte „refinanzierend“ einen hohen Anteil (55,5 %) der staatlichen Bruttotransfers West-Ost in Höhe von 133,9 Mrd. DM für 1995.⁹ Es existiert also ein hoher verdeckter *Selbstfinanzierungseffekt* der Netto-Transfers für den Fiskus seit der Vereinigung, der in der öffentlichen Diskussion nicht beachtet wird. Darüber hinaus realisieren die in Ostdeutschland produzierenden westdeutschen Konzerne aus ihrer laufenden Fertigung beachtliche Gewinne, die in die Konzernzentralen abgezogen wurden, aber aus der Wertschöpfung ostregionaler Arbeitspotenziale stammten.

5. Was bewirkten die Netto-Transfers in Ostdeutschland?

Erstmals ging das *IWH* im Jahre 2005 systematisch der Frage nach, wie hoch der Effekt der Netto-Transfers auf die regionale Wertschöpfung Ost ist. Die Absicht bestand in der Aufdeckung jener positiven Wirkungen, die aus den investiven und den konsumtiven Transfers auf die BIP-Leistung der ostdeutschen Wirtschaft selbst ausgehen – im Unterschied zu den Wirkungen auf die westdeutsche Geberseite.

Im Ergebnis zeigte sich: Die Netto-Transfers bewirkten eine *Erhöhung* der in ostdeutschen Bundesländern erzeugten Wertschöpfung allein im Jahre 2003 um 35,5 Mrd. Euro, d. h. um ca. 51 % von den gesamten Netto-Transfers. Das besagt, dass die Hälfte der Netto-Transfers eine direkte entsprechende Erhöhung der Wertschöpfung in den neuen Bundesländern induzierte, die ansonsten nicht entstanden wäre. Von einem bloßen rein konsumtiven „Verpuffen“ der Netto-Transfers kann also keine Rede sein. Hier ist aber daran zu erinnern, dass die drastische Rückläufigkeit der privaten Investitionen in den ostdeutschen Wertschöpfungsbereichen auch den Effekt der zentralen Wirtschaftsförderung aus Transfers für die Unternehmen gemindert hat.¹⁰

Das IWH kommentiert dieses Ergebnis wie folgt:

„Insgesamt ergibt sich, dass in den drei betrachteten Jahren (2001, 2002 und 2003) zwischen 15,5 und 16 % der (nominalen) Wertschöpfung (ohne öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung) in den neuen Ländern als transfergestützt gelten können ... Somit wird ersichtlich, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der gegenwärtigen Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland allein aufgrund der direkten Unterstützung von außen erbracht werden kann: Das auf eigener Wirtschaftskraft (also nicht auf Transferleistungen) basierende BIP je Einwohner liegt bei den derzeitigen Bevölkerungszahlen selbst in den wirtschaftsstärkeren Regionen Ostdeutschlands bei nur etwa 55 % des westdeutschen Durchschnittswertes bzw. bei rund 67 % des EU-25-Durchschnitts. Insoweit tragen die Transferleistungen dazu bei, dem regional ökonomischen Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ näher zu kommen. Ersichtlich wird überdies, dass die Transfers auch die Beschäftigungssituation in den neuen Ländern stabilisieren helfen - überschlägig gerechnet, entspricht die transfergestützte Produktion rund 850 000 Arbeitsplätzen in Ostdeutschland.“¹¹

6. Wie ist der Vermögenstransfer von Ost nach West einzuschätzen?

Die in Ostdeutschland erfolgte radikale Auflösung der umfassenden DDR-staatlichen Eigentumsverhältnisse an Produktivvermögen, nutzbarer Bausubstanzen staatlicher Institutionen und an staatlichen Immobilien aller Arten und Verwendungszwecke sowie an den Bodenschätzen löste einen enormen Vermögenstransfer von Ost nach West aus, der

überwiegend in privates Eigentum, insbesondere westdeutsches Eigentum, gelangte.

Das Treuhandvermögen umfasste ursprünglich ca. 8000 Betriebe aus Industrie, Bauwesen, Verkehr und Dienstleistung, die in 13.815 Einheiten gespalten und privatisiert oder aufgelöst wurden. Ferner 2,2 Mio. Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, 1.8 Mio. Hektar Forstfläche, 3.300 größere Geschäfte und Gaststätten sowie 11.000 kleiner Läden und Gaststätten bis 100 qm, 263 HO-Hotels, 1.100 mineralische Lagerstätten, 2.035 Apotheken, ca. 900 Buchhandlungen, ca. 700 Ferienheime des FDGB, Regionalzeitungen und Immobilien des DDR-Staatsapparates.¹² Das Sachvermögen der NVA wurde auf 200 Mrd. DM und das Auslandsvermögen an Immobilien der DDR auf 1 bis 1,3 Mrd. DM geschätzt.¹³

Bekanntlich wurde jedoch – entgegen dem Einigungsvertrag – keine offizielle „Schlussbilanz“ von Aktiva und Passiva der DDR aufgestellt. Aber unzweifelhaft wurde ein gewaltiger materieller und finanzieller Nutzen für den westdeutschen Staat und für die westdeutschen neuen Privateigentümer realisiert. Die privaten Netto-Geldvermögen wuchsen sprunghaft ab 1991 an, der *Zuwachs* betrug 1991 76,43 Mrd. Euro, 1992 79,01 Mrd. Euro und im Krisenjahr 1993 noch 72,46 Mrd. Euro.¹⁴

Die Art von „juristischer Aneignung“ des Nachlasses des DDR-Staates bildete in der Tat einen verteilten realen Fonds, der rein finanziell zur Deckung der „Kosten der Einheit“ beansprucht werden konnte. Aber keine Bundesregierung hat nach 1990 versucht, dieses ehemalige DDR-Vermögen als gesonderte substanzielle Quelle für die Transferzahlungen West-Ost einzuordnen oder zu belasten. Statt dem wurde den westdeutschen Bürgern „klargemacht“, *wie viel* die Ostdeutschen von ihnen und ihren laufenden Steuern und Abgaben „zehren“.

Über die Höhe des nachgelassenen DDR-Vermögens gibt es nur begründete Schätzungen, auf die hier zurückgegriffen werden soll. Im Zuge seiner gründlichen Analyse der vorliegenden Datenangaben kommt *Ulrich Busch* im Jahre 2002 zu folgenden Ergebnissen:

„Auf Grund der unterschiedlichen Bezugsgrößen (Volksvermögen, Staatsvermögen, Treuhandvermögen) sowie Verfahren und Methoden (Substanz- oder Ertragswert) lassen sie jedoch keinen eindeutigen Schluss über den relevanten Umfang des DDR-Vermögens zu. Je nach Bewertungsstichtag, getroffenen Annahmen, Bewertungsmethode und praktiziertem Vorgehen variieren die Schätzungen erheblich zwischen 1.365 Mrd. DM für das DDR-Vermögen bzw. 763 Mrd. für das Vermögen der Treuhand und auf 450 Mrd. DM für das Produktivvermögen bzw. 250 Mrd. DM für den Immobilienbestand der Treuhand, als Wertuntergrenze... Erstere Überlegung unterstellt einen Wert des DDR-Vermögens in Höhe von mindestens 1,3 Billionen DM, wovon nach Abzug der Schulden und Belastungen (250 Mrd. DM) ein Nettovermögen von ca. 1,1 Billionen DM verbleibt. Da im Privatisierungsprozess nahezu 95 % aller Vermögensobjekte an westdeutsche und ausländische Eigentümer veräußert wurden, bildet dieser Wert die Ausgangsgröße für die Bestimmung des

Vermögenstransfers.“¹⁵

Ganz beiläufig resultieren aus einem aktivierten und produktiven Vermögen von 450 Mrd. DM bei nur 4,5 % Kapitalverzinsung jährlich auch ca. 20,25 Mrd. DM reine Zinseinkünfte.

Abschließend stellte U. Busch klar, „... dass der Vermögenstransfer einerseits den Transferbedarf Ostdeutschlands mitbegründet, andererseits aber möglicherweise auch dazu beigetragen hat, die Transferleistungen für Ostdeutschland ökonomisch zu ermöglichen.“¹⁶ In der politischen Diskussion wird jedenfalls ignoriert, in welchem Umfang die westdeutsche Besitzergreifung bzw. Übernahme von nutzbaren Substanzwerten der THA sowie von verwertbaren Immobilien und Bodenschätzen die Springquellen der *fiskalischen* Einnahmen permanent erhöhten, aus denen die staatlichen Transfers fließen. Dieser Effekt zählt aber zum fiskalischen Nutzen aus der Vereinigung, der mit dem fiskalischen Aufwand bilanziert werden sollte.

Peter Friedrich fasste in einer Studie die Ergebnisse der THA-Transformationspolitik im Jahre 2001 wie folgt zusammen: „... aber die Verfolgung der Zielsetzung wettbewerbsfähige Regionen aufzubauen trat infolge neoliberaler Orientierung und fiskalischer Überlegungen, z. B. zur Erreichung der Maastrichtkriterien, zurück ... Sie nützte industriepolitische Entwicklungsmöglichkeiten wenig aus.“¹⁷ Im Ergebnis trat jene tiefe Deindustrialisierung ein, die zum Absturz der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands auf nur 28,8 % (1991 gegenüber 1989, auf Preisbasis 1995) führte.¹⁸ Dieser Rückschlag ist bis zuletzt nicht ausgeglichen worden, denn auch im Jahre 2000 war das frühere ostdeutsche Leistungsniveau des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber 1989 erst zu 64,8 % erreicht.¹⁹

7. Wie ist der Transfer von Humankapital einzuschätzen?

Vorstehend ging es um den *materiellen* Vermögenstransfer Ost – West, der seit dem Fall der Mauer und nach der Vereinigung 1990 jedoch durch einen Transfer von *Humankapital* begleitet wurde, dessen in Westdeutschland genutztes Wertschöpfungspotenzial bislang von der Forschung wenig beachtet bzw. sogar tabuisiert wurde.

Der ostdeutsche Abwanderungsüberschuss, vor allem von aktiv Arbeit suchenden und gut ausgebildeten Jahrgängen, der in die westdeutschen Wertschöpfungsbereiche gelangte, brachte zunehmend einen stetigen Produktionseffekt für die westdeutschen Unternehmen. Dieser Effekt wurde durch den hohen Saldo der Arbeitspendler erhöht. Der dadurch erreichte BIP-Zuwachs und die hieraus folgenden Steuern und Abgaben haben sich inzwischen auf eine jährliche Höhe kumuliert, die für staatliche Transferzahlungen West-Ost *im Hintergrund der fiskalischen Haushaltsführungen* fungiert. Dieser fiskalische Zuwachs wird von der

Bundesstatistik zwar nicht ermittelt, aber er stammt aus einem BIP-Zuwachs, der ohne den westdeutschen „Import“ von ostdeutschem Humanpotenzial *nicht existent* wäre.

Solch ein Effekt beim westdeutschen BIP-Zuwachs aus dem ostdeutschen Humankapital darf weder dramatisiert noch tabuisiert werden, er kann aber logisch nicht geleugnet werden. Er ist zwar Ergebnis der Freizügigkeit des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes, aber auch der Zwangslage aus dem chronischen Mangel an ostdeutschen Arbeitsplätzen im Zuge der Deindustrialisierung und Umstrukturierung des Wertschöpfungsbereiches. Folgende Einschätzung ist aber m. E. präziser zu fassen: „Die Ost-West-Migration ist die wichtigste und größte Transferleistung der NBL für die ABL, noch vor ihrer Bedeutung als Absatzmarkt, Empfänger von Transfers und ‘Sprungbrett’ zu den neuen EU-Mitgliedsländern im mittleren Osten Europas.“ (Weiss/Knabe)²⁰ Es geht letztlich nicht nur um den Transfer von Personen oder Humankapital, sondern um den aus der Ost-West-Migration nachfolgenden „kostenlosen“ Zuwachs an westdeutschem Produktionspotenzial.

Der *arbeitsaktive* Abwanderungs- und der saldierte Pendlerüberschuss erreichen inzwischen eine Größenordnung von ca. 1 Mio. Personen, deren BIP-Leistung aufgrund der westdeutschen Produktivität für 2004 die Summe von ca. 59,3 Mrd. Euro erreichen kann.²¹ Davon fließen über die Abgabenquote dem Fiskus ca. 20,5 Mrd. Euro zu. Damit erreicht dieser jährliche Finanzzustrom z. Z. rein kalkulatorisch etwa $\frac{1}{4}$ der Netto-Transfers West – Ost. Dies zur Erinnerung für jene Experten, die das krasse „Ausbluten“ des westdeutschen Steuerzahlers durch die Vereinigungsfolgen mit Vorliebe verkünden.

Tatsächlich stellt der Abzug des ostdeutschen Humankapitals eine anhaltende potentielle Schwächung der Leistungsfähigkeit der NBL dar, die sich in den Jahren nach 2010 im Rahmen der „demografischen Falle Ost“ noch wirtschaftlich stark bemerkbar machen wird.²²

8. Zur Struktur der Transferleistungen West-Ost

Zu oft vorsätzlichen Verschleierungen bei den Transfers kommt es bezüglich ihrer tatsächlichen inneren Struktur und ihrer Endverwendung in Ostdeutschland. Eine unsachliche Darstellung in neoliberalen Medien zitiert mit Vorliebe die Höhe der *Bruttotransfers*, ohne zu zeigen, dass die *Nettotransfers* weitaus niedriger sind. Wie groß die speziell dem wirtschaftlichen „Aufbau Ost“ *direkt und investiv* zugeflossene Summe ist, dürfte dagegen den meisten deutschen Politikern unbekannt geblieben sein.

Nach IWH-Angaben betragen die *Bruttotransfers* im Jahre 2003 103,8 Mrd. Euro, davon die *Nettotransfers* 69,54 Mrd. Euro oder einen 67 %-igen Anteil.²³

Zunächst ist klarzustellen: der weitaus überwiegende Anteil der Brutto-Transfers (also vor

Abzug der regionalen Rückläufe aus Steuern und Abgaben an den Fiskus) ist für die gesetzlichen bzw. grundgesetzlichen *Sozialleistungen* verwendet worden. Das IWH hat diesen Anteil im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 mit 54,37 % der Bruttotransfers ermittelt.²⁴ Diese Transfers sind konsumtiv verwendet worden, und die größten Einzelposten hieraus sind laufend aus Mitteln der staatlichen Sozialversicherungen und der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt worden. (Die anfänglich noch hohen Rücklagen bzw. Reserven der SV-Rentenkassen wurden rasch abgebaut.) Dies ist die Folge des Rückschlages in der Industrieleistung der ostdeutschen Region 1991/1992, der seit dem noch nicht aufgefangen werden konnte.

Der nächste gewichtige Anteil im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 entfällt mit 25,83 % auf den Posten der „ungebundenen Leistungen“. Hier wurde ein Sammelposten abgegrenzt, der allerlei zentrale staatliche Aufgaben abdeckt, die sich u. a. aus der territorialen Ausweitung der Verwaltung in den neuen Ländern ableiten lassen, wie z. B. auch bei den Verteidigungsausgaben. (Für die westdeutschen Bundesländer werden solche Transfers des Bundes *nicht* ausgewiesen.)

Die Transfers für den *Infrastrukturausbau* im zentralen staatlichen und im kommunalen Bereich auf ostdeutschem Territorium erreichten im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 insgesamt 9,23 % der Bruttotransfers. Hierin ist der zentrale Verkehrswegeplan des Bundes eingeschlossen, soweit er ostdeutsche Objekte betrifft. Zuletzt tritt auch zu Tage, dass die oft umstrittenen Mittel für die private unternehmerische Wirtschaftsförderung (aus den Quellen Bund und Länder insgesamt) im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 nur 7,5 % der Bruttotransfers erreichten. Das waren 7,6 Mrd. Euro im Jahr für direkte Wirtschaftsförderung bei den privaten Unternehmen Ost, die zuletzt rückläufig wurden.

Dem „Aufbau Ost“ direkt flossen also im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 insgesamt 16,73 % der Bruttotransfers zu - etwa 17,0 Mrd. Euro pro Jahr. Hierzu kamen aus den Rückflüssen von der EU-Zentrale in Brüssel weitere ca. 7,0 Mrd. Euro mit direkt verfügbarer und kontrollierter wirtschaftlicher/investiver Zweckbindung, für die allerdings eine ostdeutsche Ko-Finanzierung der Länder erforderlich ist.

Mit einem Anteil von kaum 1/6 beim Bruttotransfer West-Ost für die *zielgerichtete investive* Endverwendung wird sichtbar, dass diese Mittel für den ostregionalen Wachstumsprozess kein echtes wirtschaftliches „Aufholholen“ zum westdeutschen BIP-Leistungsniveaus absichern konnten - welches ganz überwiegend auf massiven privatwirtschaftlichen Investitionen in den Wertschöpfungsprozess Ost basieren müsste. Solche Investitionen werden in erforderlicher Höhe längst nicht mehr erreicht. Das *WSI* hatte bereits im Jahre 2000 kritisch bemerkt: Es „drängt sich die Vermutung geradezu auf, dass die verstärkte Auslandsinvestition zulasten der heimischen Investitionstätigkeit ging... Etwa 40 %

der binnenwirtschaftlichen Investitionsschwäche ließe sich danach durch das verstärkte Auslandsengagement erklären.“²⁵

Später betrug die Abflüsse deutscher Exportüberschüsse ins Ausland zwischen 2001 und 2005 durchschnittlich 89,1 Mrd. Euro pro Jahr, von denen ein Drittel zusätzlich in Industrieinvestitionen Ostdeutschlands umgelenkt werden müsste, um den Aufholprozess Ost zügig fortzusetzen. Hierfür spricht auch das von Ostdeutschland (ohne Berlin) erreichte Volumen an eigenem Netto-Nationaleinkommen (Volkseinkommen) im Jahre 2003 von 201,4 Mrd. Euro, das nur ein regionales Gewinn- und Unternehmenseinkommen von 65,3 Mrd. Euro beinhaltet.²⁶

9. Zum Streit um die Verwendung der Solidarpakt II-Fördermittel

Der aktuelle Streit um die Verwendung der Solidarpakt II-Fördermittel resultiert aus der heftigen Frustration der Mehrzahl der neuen Bundesländer (außer Sachsen) in Ermangelung ausreichender eigener Finanzmittel für die Ko-Finanzierung bei der Wirtschaftsförderung (Bund, EU). Es wurde offiziell versucht, die Zuweisungen aus dem Solidarpakt –II mit ihrer Zweckbindung für die Infrastruktur *auch für die Verwendung im humanitären und Bildungsbereich zu verwenden – um die vorhandenen Entwicklungschancen für den Osten zu realisieren oder zu vergrößern*. Dabei konnten sich die Initiatoren auf ein Gutachten aus jüngster Zeit aus dem IWH stützen,²⁷ das konkrete, das ostdeutsche Wirtschaftswachstum fördernde regionale Verwendungen verdeutlichte, welche dieser Absicht zugrunde lagen.

Damit entstand ein Konflikt zwischen jenen ostdeutschen Landesregierungen, die diese Absicht verfolgten (außer Sachsen) und dem Bundeskanzleramt bzw. der Bundesregierung. Das Land Sachsen bemühte sich um *ablehnende* Gutachter-Unterstützung aus der Forschung – so gelangte der Konflikt zwischen positiver und negativer Begutachtung in die Schlagzeilen der Presse.

Unzweifelhaft ist die tiefere Ursache dieses Konflikts, von der Jagd nach wissenschaftlicher Rechtfertigung der eigenen Position abgesehen, die Finanzmisere der vier besonders hoch verschuldeten ostdeutschen Flächenländer (ohne Sachsen). Seitdem ist der erste Anlauf zur Abänderung der Mittelverwendung im Solidarpakt -II infolge der ablehnenden Haltung des Bundeskanzleramts abgewehrt. Dennoch hat das IWH durch seinen Präsidenten, *Prof. Blum*, danach den Standpunkt des IWH verteidigt: Würden die Ost-Länder alle Mittel korrekt ausgeben, läge die Neuverschuldung über den Investitionen und die Haushalte wären damit verfassungswidrig. „Man hat also die Wahl zwischen Pest und Cholera“²⁸ Die inzwischen erfolgte Konferenz der ostdeutschen Ministerpräsidenten mit dem

Bundesfinanzminister hat die Revisionsbestrebungen zum Solidarpaket -II zunächst beendet und die weitere Konsolidierung der Länderhaushalte anvisiert.

Dies lässt erahnen, zu welchen Konflikten es künftig kommen wird, wenn ab 2008 die schrittweisen Reduzierungen der „Sonderbedarfszuweisungen“ des Solidarpakts– II spürbar jedes Jahr ansetzen.

Das MEMORANDUM 2006 der AG „Alternative Wirtschaftspolitik“ (Bremen) hat diese Konfrontation durch eine klarsichtige und konsequente Forderung nach einem Solidarpaket –III im ostregionalen Interesse aufzulösen versucht, durch den u. a. ein Rückgang der Finanzzuweisungen ab 2008 verhindert werden soll.

10. Warum die Verschuldung für die neuen Länder katastrophal wirkt

Viel zu wenig wird allgemein anerkannt, dass die inzwischen eingetretene öffentliche Schuldenbelastung für die Ostdeutschen eine fortgesetzte Falle bedeutet. Zum Zeitpunkt der Vereinigung (1990) brachten die Ostdeutschen je Kopf der Bevölkerung eine relativ geringe Staatsverschuldung in die Bundesrepublik ein, die maximal *halb so hoch* war wie die westdeutsche Verschuldung pro Kopf.²⁹ Diese ostdeutsche Verschuldung übernahm der Bund („Erblastentilgungsfonds“), während die ostdeutschen Landeshaushalte anfangs schuldenfrei nach der Vereinigung waren.

Inzwischen ist die Verschuldung der ostdeutschen Länder bereits auf 92,5 Mrd. Euro bis 2005 angestiegen,³⁰ und sie wird sich in den kommenden Jahren absehbar fortsetzen. Derzeit erreicht die Pro-Kopf-Verschuldung in den neuen Bundesländern Spitzenwerte im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern, die durch den laufenden Abwanderungsverlust der Wohnbevölkerung Ost noch erhöht wird. Je höher die ostdeutsche Länderverschuldung ansteigt, umso höher steigt (bei sonst gleich bleibenden Voraussetzungen) auch deren Zinsvolumen. Selbst ein Stopp der jährlichen Neuverschuldung, falls er erreichbar wäre, würde die Tilgungsleistungen für die Gesamtschuld auf einem „erdrückenden“ Niveau stabilisieren. Kumuliert mit den *Bundesschulden* je Kopf, trägt die ostdeutsche Bevölkerung eine gewaltige Last in die Zukunft (einschließlich der Zinslast), die sich auch künftig allein wegen der unzureichenden eigenen Steuereinnahmen nicht abtragen lassen wird – entgegen verkappten Erwartungen mancher Politiker. Das IWH bestätigt: „Derzeit liegt die kommunale Finanzkraft der ostdeutschen Länder deutlich unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts.“

³¹ Die Steuereinnahmen Ost *nach* der Umsatzsteuerverteilung betragen *je Einwohner* im Jahre 2005 nach BMF –Angaben (!) 85,57 % der westdeutschen Flächenländer. Die Steuerdeckungsquote der *Gesamtausgaben* erreichte in den ostdeutschen Flächenländern nur

44 %, in den westdeutschen dagegen ca. 70 %.³² Vor der Umsatzsteuerverteilung erreichten die ostdeutschen Flächenländer nur ca. 35 % des Vergleichsniveaus West.

Für Sachsen-Anhalt gab *Jens Bullerjahn* folgendes zu Protokoll:

„Mit dem Rückgang der überproportionalen Zahlungen aus dem Solidarpakt an die ostdeutschen Länder verliert Sachsen-Anhalt ab 2009 jährlich zwischen 100 und 200 Millionen Euro an Einnahmen. Gleichzeitig führen steigende Zinsbelastungen und andere auf das Land zukommende Belastungen bei Beibehaltung des jetzigen Kurses zur Zahlungsunfähigkeit.“³³ Hier sind die echten Tilgungen der Gesamtschulden von Sachsen-Anhalt noch unberücksichtigt.

Die Zinslasten des Landes einschl. der Kommunen betragen im Jahre 2003 bereits 1.050 Mio. Euro mit noch steigender Tendenz, während die Neuverschuldung mittelfristig weit unter diese Summe gedrückt werden muss und bis 2011 Null erreichen soll.³⁴ Diese *Schuldenfalle* verhindert jeglichen zusätzlichen „Finanzierungsspielraum“ aus der weiterhin geplanten Neuverschuldung.

Die ostdeutsche Finanzmisere, deutlich verschärft durch die langjährige Stagnation im „Aufholprozess Ost“, bildet eine Fessel für die landeseigenen Investitionen, für die Nutzung verfügbarer Fördermittel des Bundes und der EU sowie für die kommunale Infrastrukturentwicklung – insgesamt ein wesentlicher Faktor für die *negativen* Zukunftsprognosen ostdeutschen Subregionen in dieser großen Unterentwicklungsregion.

11. Öffentliche Armut und privater Reichtum – die Rückseite der innerdeutschen Transfers

Während die Finanzmisere der öffentlichen Haushalte noch ansteigt, nehmen der private Reichtum und die Gewinne der Kapitaleigner in Deutschland sprunghaft zu. Die Lohnquote am jährlichen Volkseinkommen sinkt offenbar unumkehrbar und neoliberal erzwungen ab, und die privaten Netto-Geldvermögen wachsen rapide. Die Ersparnisse der Privaten Haushalte stiegen allein in den Jahren 2003 bis 2004 um *jährlich* ca. 150 Mrd. Euro³⁵ an, allerdings weit überwiegend im obersten Einkommensbereich.

Im selben Maße wie die öffentlichen Kosten der Vereinigung sich in Form der Staatsverschuldung weiter ansammeln, steigt der finanzielle Nutzen aus der Vereinigung für die westdeutschen Kapitaleigner ostdeutscher Unternehmen sowie für die großen privaten Geldvermögensbesitzer als *Staatsgläubiger*. Dieser finanzielle Zuwachs an privatem Netto-Geldvermögen fließt zum erheblichen Teil in Form der Gläubigerpapiere in die

Neuverschuldung des Staates zurück und generiert Zins und Zinseszins für die Geldvermögensbesitzer. Privater Vereinigungsgewinn, permanenter Gewinnzufluss aus den neuen Bundesländern für das dort investierte Kapitalvermögen, hohe Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte und steigende Zinslasten auf die Gesamtschulden – das sind die ambivalenten Kehrseiten der andauernden Transferleistungen West-Ost, die den ostdeutschen Markt für die westlichen Konzerne und Handelsketten *stabilisieren* und damit weitere Kapitalprofite sichern.

Diese Widersprüche reflektieren sich in der Tagespolitik und in den Beziehungen innerhalb der deutschen föderalen Struktur mit fiskalischen Versuchen, die innerdeutschen Transfers zu vermindern, obwohl die den ostdeutschen Markt dominierenden westdeutschen Konzerne hieran kaum interessiert sind. Es lässt sich auch sicher voraussagen, dass die innere Struktur der staatlichen Transfers es nicht zulässt, sie – entgegen dem Grundgesetz - gegen Null zu reduzieren. Den Widerstreit zwischen privatem finanziellen Nutzen durch die Vereinigung und den fiskalischen Folgekosten der Vereinigung wird erheblich durch die *selbstverschuldete* Finanzmisere des Fiskus als Folge der Gewinnsteuersenkungen verstärkt.

Dies prägt das ostregionale Schicksal als eine zwangsläufige Folge des stagnierenden „Aufholprozesses Ost“ infolge neoliberaler Wirtschaftspolitik auch in absehbarer Zukunft.

Hoher privater Nutzen und weitere fiskalische Kosten der Vereinigungspolitik sind unlösbar miteinander verquickt, wobei sie die Interessen des deutschen Finanzkapitalismus und des verschuldeten Staates in ambivalenter Weise spiegeln. Hinter den vordergründigen ideologischen Intentionen und Präferenzen der deutschen Führungseliten verbergen sich jedoch die grundlegenden Tendenzen *zur Expansion des deutschen Wettbewerbsstaates* in die globale Sphäre, zur Sicherung von globalen Absatzmärkten und Rohstoffquellen, für die massiven Kapitalexperte und hochprofitablen globalen Finanzanlagen, die längst eine forcierte Umschichtung der hohen nationalen deutschen Ressourcen auf den deutschen Binnenmarkt verhindern und damit auch den ostdeutschen ökonomischen *Konvergenzprozess* blockieren. Es ist absehbar, dass die neoliberale Lösung zur Mobilisierung der deutschen globalen Expansionskraft die Finanzlage der ostdeutschen Länder rapide verschlechtern und die Friktion des Binnenmarktes in Deutschland kritisch zuspitzen muss.

Endnoten:

- 1 Siehe hierzu unter www.jjahnke.net
- 2 Siehe hierzu ebenfalls unter www.jjahnke.net sowie Angaben der Bundesstatistik, ferner Wolfgang Kühn, „Tabellensammlung zu Ostdeutschland“ (Manuskript, Mai 2006)
- 3 IWH, Diskussionspapiere Nr. 9/2006, S.14, 17)
- 4 G. Heske, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“, Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln 2005, S. 79
- 5 IAB-Kurzbericht Nr. 24/2005, S. 3
- 6 Rüdiger Pohl, „Reformbaustelle Ost: Ein gesamtdeutscher Ansatz für den Aufbau Ost!“ in: Klaus F. Zimmermann (Hrsg.) „Deutschland – was nun?“, dtv 2006, S. 288.
- 7 G. Müller in: D. Brümmerhoff (Hrsg.), „Kosten und Nutzen der Vereinigung“ Nomos Baden Baden 2000, S. 51, 58
- 8 IWH, Wirtschaft im Wandel, Heft 13/1996, S. 2
- 9 Zitiert nach Brümmerhoff, a.a.O. S. 21
- 10 Nach offiziellen Angaben gingen die Investitionen im Produzierenden Gewerbe zwischen 1995 und 2003 auf 67 % zurück, im Dienstleistungsbereich auf 63 %. (BMWA, Wirtschaftsdaten Neue Länder, Stand Januar 2005, S. 21)
- 11 IWH, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 5/2005, S. 145
- 12 Nach Dümke/Vilmar (Hrsg.) , „Kolonisierung der DDR“, S. 135
- 13 Nach Siegfried Wenzel, „Was kostet die Wiedervereinigung“, 2003, S. 82/83
- 14 Deutsche Bundesbank, Statistische Sonderveröffentlichung Nr. 4, S. 42 ff.
- 15 Ulrich Busch, „Am Tropf“, S. 112. Auf die gründliche Analyse der DDR-Vermögensfrage von U. Busch kann hier nur verwiesen werden, nachzulesen in: Fritz Vilmar (Hrsg.) , „Zehn Jahre Vereinigungspolitik“, trafo-Verlag 2000, S. 161 ff.
- 16 Ulrich Busch, „Am Tropf“, S. 114
- 17 Brümmerhoff, a. a. O., S. 160/161
- 18 G. Heske, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“, Reihe Historische Sozialforschung, Supplement No. 17, S. 82
- 19 G. Heske, a.a.O. , S. 82
- 20** Weiss/Knabe, „Deutscher Demographischer Transfer – und daraus resultierende Verarmung“, unveröffentlichtes Manuskript, Seite 10
- 21 J. Staudte gibt im „Neuen Deutschland“ vom 10.11.2004 für diese ostdeutschen Arbeitspotenziale 1,1 Mio. Personen und eine BIP-Leistung von 55 Mrd. Euro an.
- 22 „Die damit für den Osten zugleich verlorenen bzw. transferierten gesellschaftlichen Aufwendungen sowie die auf Grund der Nachhaltigkeit aller demographischen Prozesse verlorene Zukunftsfähigkeit ist mit den zugänglichen Daten z. T. nicht kompatibel bzw. nicht kalkulierbar“, bemerken *Weiss/Knabe* a. a. O., Seite 15
- 23 IWH, Pressedienst 20-05L.pdf, Ragnitz 2005
- 24 IWH, Pressedienst 20-05L.pdf, Ragnitz 2005
- 25 WSI-Mitteilungen, 6/2000, S. 341
- 26 Nach Angaben von Destatis, R1B1, R1B5
- 27 IWH, *Joachim Ragnitz*, Endbericht Auftraggutachten für das Land Thüringen, Februar 2006
- 28 Nach „Mitteldeutsche Zeitung“, 3. Juni 2006, S. 2
- 29 Siegfried Wenzel, „Was war die DDR wert?“, S. 29/30. Wenzel gibt nach kritischer Analyse für die DDR-Bevölkerung eine Verschuldung von 7.050 DM je Kopf an.
- 30 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 2006
- 31 IWH, Gutachten im Auftrag des Thüringer Finanzministeriums“, Februar 2006, S. 23
- 32 BMF, Monatsbericht April 2006, S. 53. Die BMF -Angabe zu den Steuern in absoluten Werten lautet für die ostdeutschen Länder je Einwohner 1679 Euro und für die westdeutschen Flächenländer 1962 Euro.
- 33 Jens Bullerjahn, „Zukunftsorientierte Finanzpolitik bis 2020“, SPD-Studie 2005
- 34 Finanzministerium Sachsen-Anhalt, Mittelfristige Finanzplanung 2004-2008.
- 35 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2005